

afrika süd

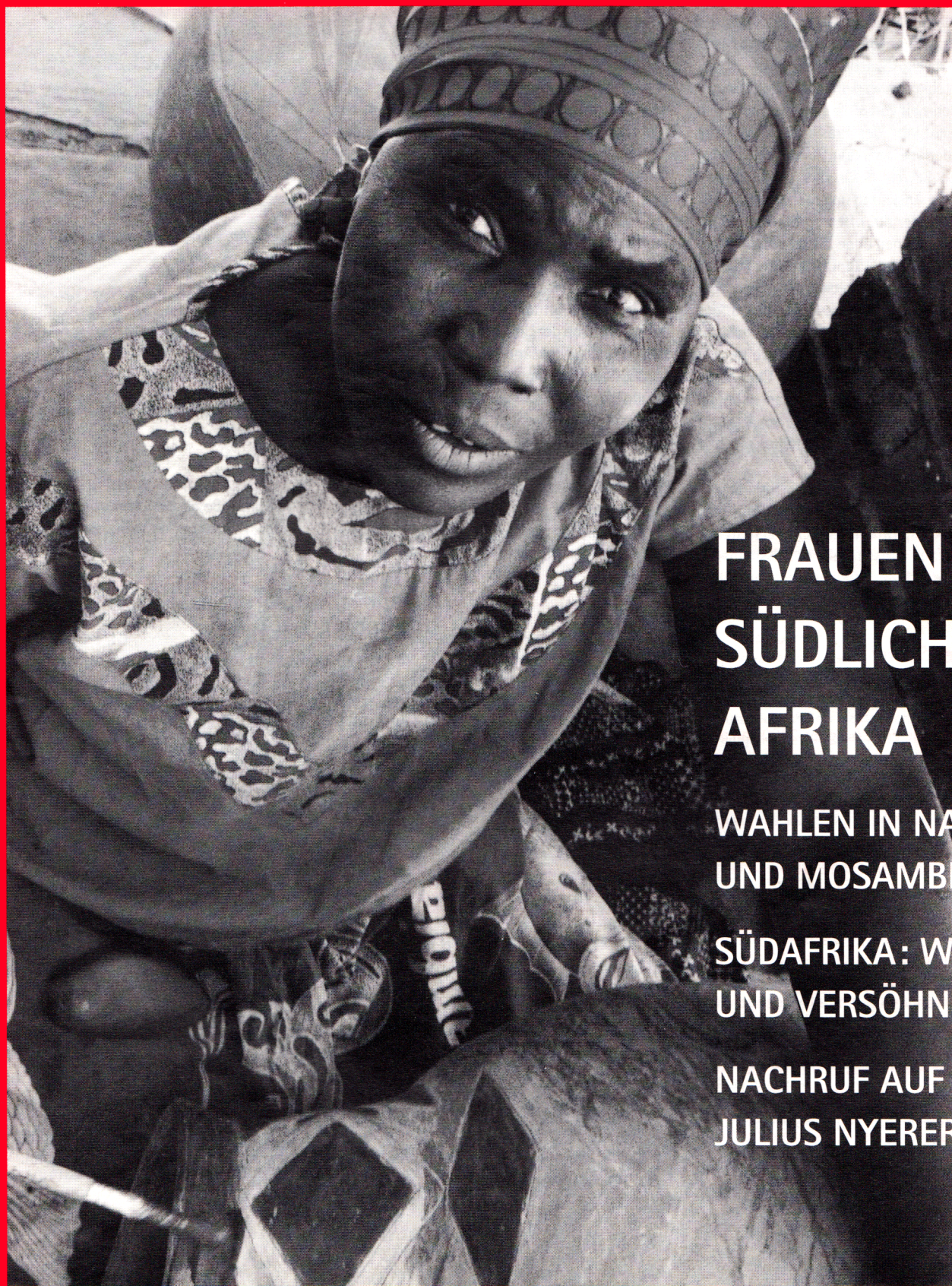
zeitschrift zum südlichen afrika

G 8253

Nr. 1/2000

November 1999 – Februar 2000

DM 15,- (Doppelausgabe)



FRAUEN IM SÜDLICHEN AFRIKA

WAHLEN IN NAMIBIA
UND MOSAMBIK

SÜDAFRIKA: WAHRHEIT
UND VERSÖHNUNG

NACHRUF AUF
JULIUS NYERERE

afrika süd

zeitschrift zum südlichen afrika



Nr. 1 (6'99 – 1'00)

November 1999 – Februar 2000



Die Wahlen in Namibia und Mosambik, der Angola-Konflikt sowie Wahrheit und Versöhnung in Südafrika sind einige der Themen dieser Doppel-

ausgabe, deren Innenteil ganz dem Thema „Frauen“ gewidmet ist.

Titelfoto: Stephan Beyer

2

Das Wetter war's?

Hein Möllers zum Ausgang des Referendums zur Verfassungsreform in Simbabwe

4

aktuell

6

aus wirtschaft und arbeitswelt

namibia

8

Biltong und Pap

Die Wahlen in Namibia im Dezember 1999 haben die Swapo-Herrschaft zementiert. Der oppositionelle „Congress of Democrats“ blieb hinter den Erwartungen zurück. Hanns Lessing berichtet

9

Wahlen 1999 in Namibia im Überblick

10

Abweichende Meinung nicht als legitim verstanden

Rolf-Henning Hintze befragte Professor André du Pisani zum Wahlausgang

angola

13

Der Krieg frisst seine Kinder

Der Krieg in Angola weitet sich über die Landesgrenzen hinaus aus. Der Norden Na-

mibia ist Aufmarschgebiet für angolansische Truppen geworden. Ein redaktionell ergänzter IRIN-Bericht

15

Der Krieg ernährt seine Herren

Öl und Diamanten finanzieren den Krieg beider Kriegsparteien. Anne Jung, Koordinatorin der Kampagne „Fatal Transactions“, berichtet

mosambik

17

Alles beim Alten?

Bei den Wahlen in Mosambik Anfang Dezember kam die Frelimo mit einem blauen Auge davon. Sabine Fandrych war als Wahlbeobachterin vor Ort

19

Wahlen in Mosambik im Überblick

index 1999

simbabwe

53

Der weite Weg zu den Armen

Entwicklungspolitische Maßnahmen zur Armutsbekämpfung auf dem Prüfstand. Sabine Fiedler-Conradi fasst ihre Studie zum Thema zusammen

südafrika

56

„Es hat sich wenig getan“

Herausforderungen bei der Transformation des ländlichen Südafrika. Von „Land für alle“ ist Südafrika weit entfernt, meint Bettina Meier

59

Amnestie und Entschädigung

Livia Wendt berichtet über den Stand der Dinge ein Jahr nach Vorlage des Abschlussberichtes der Wahrheitskommission

60

Eher Wahrheitsfindung als Versöhnung

Interview mit Mary Burton zur Kommission für Wahrheit und Versöhnung

62

Sieg über die eigene Geschichte?

Um die Politik der Versöhnung steht es nicht gut, meint Klaus Frhr. von der Ropp. Er erinnert an ein nicht umgesetztes Abkommen von 1994, das den Afrikanern Minderheitenschutz gewähren sollte

65

Sind wirklich alle Katzen grau?

Bernd Ludermann bespricht das Buch „Inkatha. Eine politische Kraft in Südafrika“ von Franz Ansprenger

tansania

67

Julius Nyerere

Im Oktober 1999 verstarb Julius Nyerere. Peter Meyns erinnert an den großen Vorkämpfer für die Befreiung Afrikas und der Dritten Welt

70

service

rezensionen

afrika süd, gegr. 1972 als informationsdienst südliches afrika, erscheint 6 mal im Jahr ISSN 0947-8353.

Herausgeber:

informationsstelle südliches afrika e.V. (issa), und Afrika Süd Aktionsbündnis e.V. (AAB).

Redaktion: Lothar Berger, Britta Döpp, Friedel Hütz, Hein Möllers (verantwortlich), Birgit Morgenrath, Monika Riße.

Verlag und Redaktionsanschrift:

issa, Königswinterer Straße 116, 53227 Bonn, Tel. 02 28/46 43 69, Telefax: 02 28/46 81 77. E-Mail: ISSA@BONN.comlink.apc.org

Layout, Satz und Druck:

LEPPELT Druck + Repro GmbH, Bonn-Beuel.

Bezugsbedingungen:

Einzelheft DM 10,- zzgl. Porto; Jahresabonnement DM 60,-, Institutionen und Förderer DM 80,-; Ausland DM 60,-, Institutionen DM 85,-, Luftpostzuschlag DM 15,-

Konten (issa):

Postbank Köln 2812 10-504, BLZ 370 100 50 Sparkasse Bonn 119 000 222, BLZ 380 500 00

Redaktionsschluß der Ausgabe: 15.02.2000

Nachdruck, auch auszugsweise, nur nach Rücksprache mit der Redaktion. Genehmigung wird gern erteilt. Belegexemplare an Redaktion. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Diese Frage sollte sehr viel mehr Menschen beschäftigen, als es der Fall ist. Viele Leute denken jetzt: „Die Wahrheitskommission ist vorbei, pack sie in ein unteres Schubfach, wir sind fertig und jetzt schauen wir nach vorn und vergessen das alles.“ Es ist an uns sicherzustellen, dass das nicht passiert. Nicht, dass wir wieder und wieder durchexerzieren müssten, was die Kommission bis jetzt getan hat. Aber was machen wir als Nächstes?

Eine der Fragen ist: Wie werden die Nutznießer der Vergangenheit – ob sie Nutznießer sein wollten oder nicht – Entschädigungen zahlen, wie werden sie ihre Bereitschaft demonstrieren, die neue Gesellschaft aufzubauen? Wir haben über Dinge wie Wohlstandssteuer oder Abgaben gesprochen. Man könnte das machen, aber es wäre weit besser, wenn es freiwillig käme. Wenn die Leute Ausbildungen, Geld, was auch immer anböten.

Etwas muss von der Regierung kommen. Vielleicht kann es ja einen nationalen Tag der Versöhnung geben, an dem wir jedes Jahr zusammenkommen und beurteilen können, wo wir gerade stehen. Das würde uns zumindest etwas geben, woran wir uns orientieren können. Wenn die Regierung Entschädigungen an Gemeinden zahlt, müssen wir wissen, wofür es sich dabei handelt, wir müssen sehen, dass sie sinnvoll sind, und einschätzen, ob sie angemessen sind. Die Regierung kann nicht einfach sagen, es wird gemacht, und dann gibt es keine Überprüfung.

Wann immer ich die Möglichkeit habe, spreche ich im NRO-Sektor über das Fundraising-Thema, darüber, was wir als nächstes tun werden, was wir von der Regierung fordern und was wir selbst als Bürger tun werden. Aber es gibt noch keine klaren Antworten.

Was ist eigentlich mit den großen Firmen, mit der Industrie? Es gab den Vorschlag eines Fonds...

Einige unserer „senior commissioners“, der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende, haben viel mit dem privaten Sektor gesprochen. Dort hat man Bereitschaft signalisiert, einen Beitrag zu leisten, aber man wollte es nicht als Entschädigung verstanden wissen. Einige Privatfirmen haben immerhin schon großzügige Beiträge zum Wohnungsbau und vor allem zur Bildung geleistet, Dinge, die Mandela als Präsident speziell nachgefragt hatte.

Es wäre schön, wenn dies von Privatsektor wie Regierung nicht als Wohltätigkeit angesehen würde, sondern als Recht, das den Opfern der Vergangenheit zusteht. Darum appelliere ich an die Regierung: Wenn ihr diese Dinge tut, nennt es auch so, denn dann haben die Menschen das Gefühl, dass ihre Rechte und ihre Geschichte anerkannt wurden. ■

Sieg über die eigene Geschichte?

Klaus Frhr. von der Ropp

Welches sind weiße und welches sind schwarze Hoffnungen, und können sie zusammen gehofft werden?

Alan Paton, in: *Optima*, 1987 März, S. 5.

Es gilt, für Südafrika ein bislang unbekanntes Modell des gleichberechtigten Miteinanders mit besonderem Schutz für Minderheiten zu entwickeln.

Egon Bahr, in: *Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt*, 10. Juli 1977, S. 8.

Aus den zweiten demokratischen Wahlen in der Geschichte des Landes ging die in Südafrika regierende Allianz von ANC, SACP und Cosatu im Juni 1999, wie erwartet, mit einer nur ganz knapp verpassten Zwei-Drittel-Mehrheit als Siegerin hervor. Noch wichtiger war, dass die in der Zeit des ancien régime auf Dialog und Verhandlungen zwischen Afrikanern und Afrikanern drängende „Demokratische Partei“ (DP) mit 9,6% – darunter vier Fünftel „weiße“ Stimmen – ihren Stimmenanteil von 1994 fast versechsfachen und zur stärksten Oppositionspartei werden konnte. Sie verdankte ihren Erfolg der Parole „Slaan terug, stem DP“ (Schlagt zurück, wählt DP), die alle ihre Veranstaltungen und Wahlplakate beherrschte.

Nicht selten erinnerten die Reden der DP-Kandidaten an die Sprache, mit der der vorletzte weiße Staatspräsident Südafrikas, Pieter Willem Botha, bis zu seinem Sturz im August 1989 die in seinen Augen der Kap-Republik drohende „kommunistische“ Gefahr bekämpfte. Die vielleicht nicht überzogene Reaktion des ANC war, daraufhin die Parlamentarier der DP als Neo-Nazis, Faschisten oder schlicht Nazis zu beschimpfen. Mit anderen Worten, um die Politik der Versöhnung steht es nicht gut.

Gefährlich ist, dass die internationale Politik – und hier insbesondere die mit ganz anderen Problemen voll ausgelastete Politik des wiedervereinigten Deutschland – von dieser Entwicklung offenbar kaum Kenntnis nimmt. Hier wirkt allerdings nach, dass Großbritannien und die USA auch die westdeutsche Regierung bereits Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre aus ihrer Diplomatie der Vermittlung in Namibia und Südafrika ausgeschlossen hatten.

Zu Recht waren ihre wichtigsten Unterhändler – der von 1981 bis 1989 amtierende

Assistant Secretary of State for African Affairs, Chester A. Crocker, der in seiner Amtszeit von 1987 bis 1991 wie ein Vizekönig in Südafrika auftretende britische Botschafter Sir Robin Renwick und der von 1991 bis 1995 in Pretoria diensttuende US-Botschafter Princeton Nathan Lyman – der Meinung, dass Bonn nichts zu ihrer Diplomatie beizutragen hatte. Denn westdeutsche Politik im Süden Afrikas war nicht an Sachkriterien orientiert, sondern erschöpfte sich in einem innenpolitisch motivierten Streit zwischen dem bayrischen Ministerpräsidenten Franz-Josef Strauß und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher. Der letztere machte sich in völliger Verkennerung der bereits damals bekannten Probleme der Transformation einer 350 Jahre lang vom Rassismus geprägten Gesellschaft die Thesen der Befreiungsbewegungen von einem demokratischen Südafrika zu eigen. Und für Strauß und die große Mehrheit in beiden Unionsparteien waren sie das Pendant zur Baader-Meinhof-Bande.

Das Erbe des Apartheid-Regimes

Die Größe des ersten demokratisch gewählten Staatspräsidenten Südafrikas, Nelson R. Mandela, hat in den zurückliegenden gut fünf Jahren den Blick auf das desaströse Erbe verstellte, das die Afrikaner den Afrikanern 1994 hinterlassen haben. Ein Übriges taten in dem eher konservativen Lager die völlige Unkenntnis der wirtschaftlichen und sozialen Probleme Südafrikas, ein gerütteltes Maß an Naivität und ein Übermaß an politischer Korrektheit.

So waren zumindest die meisten der deutschen politischen Stiftungen darum bemüht, das neue Südafrika wesentliche Elemente des Grundgesetzes wie auch der deutschen Wirtschaftsverfassung übernehmen zu lassen. Das gelang! Auch in Deutschland wurde die These Patti Waldmeirs, in den Jahren des Umbruchs sicher die bestinformierte Journalistin, wonach angesichts der gigantischen Transformationsprobleme „demokratische Feinheiten gegenüber der alles überragenden Notwendigkeit, Stabilität zurückzugewinnen, hintanstellen müssen“¹, nicht begriffen oder sogar wider besseres Wissen ignoriert.

Jede einigermaßen kundige Analyse der internen Lage Südafrikas wird heute zu dem Er-

¹ „A long and winding road“, in: *Financial Times*, 10.9.1993, S. 3.

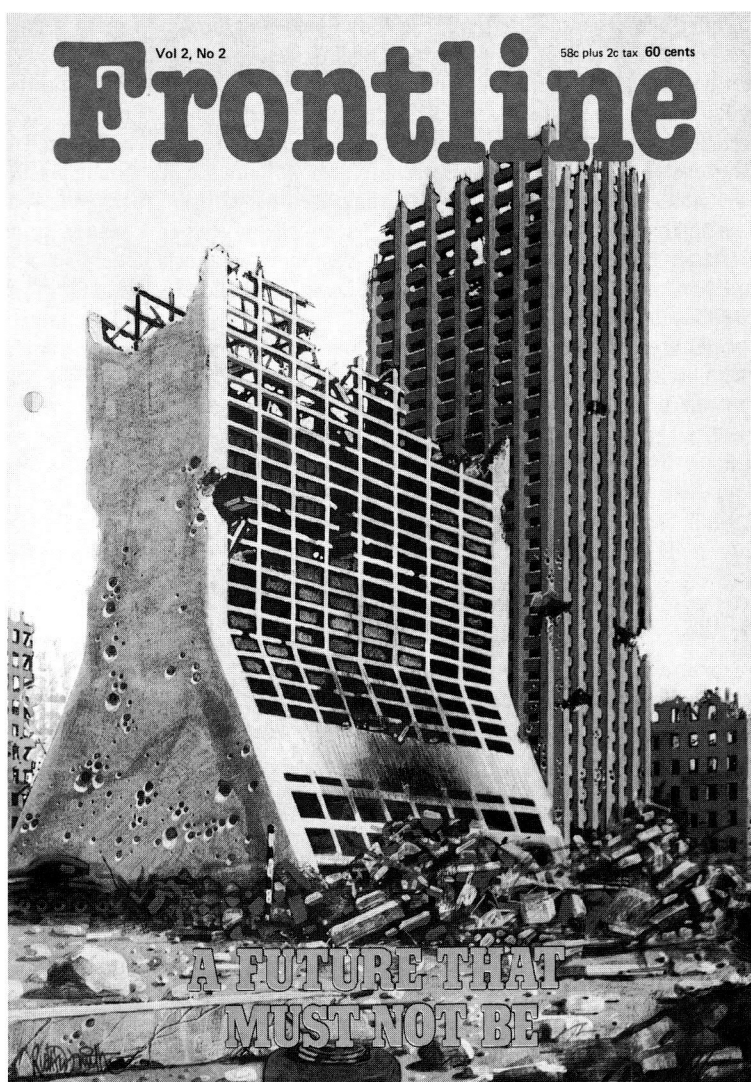
gebnis kommen, dass es genau an dieser Stabilität mangelt. Und ihrer bedarf, ähnlich den ehemals kommunistischen Staaten in Europa, Südafrika in besonderem Maße. Andernfalls wird seine Transformation hin zu pluralistischer Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und sozialer Marktwirtschaft misslingen und Südafrika wird in einem Problemknäuel von horrender Arbeitslosigkeit, überbordender Gewaltkriminalität und der längst Realität gewordenen HIV/Aids-Epidemie untergehen.

Zumindest die Erkenntnis, dann über eine Million von Bürgern der EU-Staaten, darunter Hunderttausende von Briten und Portugiesen, aber auch ca. 80.000 Deutsche, aus Südafrika evakuieren zu müssen² – eine Aufgabe, die sich, noch dazu über eine Distanz von fast 10.000 km hinweg, nicht wirklich bewerkstelligen lässt –, sollten die EU, deren Mitgliedsstaaten wie auch die USA veranlassen, endlich die Warnung³ des langjährigen politischen Häftlings Breyten Breytenbach vor den ungezählten Varianten der Barbarei, durch die sein Land gehen werde, ernstzunehmen.

Ähnliches gilt für Anne Patons Aufschrei „Fly the beloved country“, den sie Ende 1998 in einer Londoner Sonntagszeitung publizierte⁴ und der offenbar, obwohl weltweit nachgedruckt, kaum Beachtung fand. Diese Überschrift wählte die Witwe Alan Patons, zeitlebens ein kompromissloser Gegner des Apartheidregimes, in Anknüpfung an den Titel des bekanntesten Romans ihres 1988 verstorbenen Mannes „Cry the beloved country“.

Hier kommt die Erinnerung an eine Photomontage auf, die Denis Beckett Ende 1981 als Titelblatt seines liberalen Magazins *Frontline* publizierte: Die Trümmer des kurz zuvor eröffneten Luxushotels Carlton Centre und darunter der trotzige Satz „Eine Zukunft, die nicht sein muss!“.

Vor Jahren erzwang die Kriminalität im Johannesburg Business District (JBD) die Schließung des Carlton. Ihm wie vielen anderen aufgegebenen Gebäuden im JBD droht heute die Zerstörung durch Verslumung. Diese Entwicklung ist umso ernster, als sie, teils ähnlich drastisch, auch in Durban, Pretoria, East London und Kapstadt zu beobachten ist.



Titel des Südafrikanischen Magazins „Frontline“ vom Nov/Dez. 1981: Eine Zukunft, die nicht sein muss

Umso wichtiger ist, ihr im JBD Einhalt zu gebieten.

Vielleicht ist ein Anfang dadurch gemacht, dass die halbstaatliche Verkehrsholding *Transnet* das Carlton Mitte 1999 erstand und es seither wieder genutzt wird. Der Ernst der Lage wird dadurch unterstrichen, dass das Gebäude jetzt zu einem Zwanzigstel seines ursprünglichen Wertes veräußert wurde.

In dieselbe Richtung weist die Entscheidung des Mischkonzerns *Anglo American*, des mit Abstand größten Unternehmens der Kap-Republik, von Ende 1998, seinen Hauptsitz von Johannesburg nach London zu verlegen. Andere bedeutende Unternehmen haben inzwischen denselben Schritt getan.

Teufelskreis von Arbeitslosigkeit und Kriminalität

Kriminalität, ob nun „privat“ oder organisiert, bedroht alles. Wie eine Krebsgeschwulst droht sie sich fortzuentwickeln und Südafrika in „kolumbianische Zustände“ zu stürzen. Sie

hat wohl zwei Hauptursachen: ohnehin horrende und dennoch immer noch steigende Arbeitslosigkeit sowie die Tatsache, dass Südafrika in den zurückliegenden Jahren zu einem schwachen Staat geworden ist.

Die Afrikaner erbten 1994 von den Afrikanern, dies nicht zuletzt die Folge von Jahrzehnten der „Bantu Education“, sehr hohe, oft strukturelle Arbeitslosigkeit. Die Regierung Mandela hoffte, sie schrittweise dadurch in den Griff zu bekommen, dass sie sich in radikaler Abkehr von ihren u.a. aus der DDR übernommenen wirtschaftspolitischen Vorstellungen einem GEAR (*Growth, Employment and Reconstruction*) genannten marktwirtschaftlichen Kurs verschrieb.

Die Ziele von GEAR sind u.a. ein jährliches Wirtschaftswachstum von 6% und pro Jahr die Schaffung von 100.000 neuen Arbeitsplätzen. Ersteres scheiterte, Südafrika muss sich glücklich schätzen, ein Wirtschaftswachstum von eineinhalb Prozent p.a. zu erzielen. Und das zweite Vorhaben misslang gründlich, da seit 1994 alljährlich 100.000 Arbeitsplätze verloren gingen. So wird die Arbeitslosigkeit bald über

50 % liegen.

Es stimmt, was vor gut einem Jahr David Roche, der Chefstrategie von „Independent Strategy/Global Investments Consultants“, London, wie folgt beschrieb: „Von allen aufstrebenden Märkten hat Südafrika den größten Bedarf an ausländischem Kapital und das geringste Potential, es anzuziehen.“⁵

Kriminalität, die allgemeine Ausbildungsmisere, die HIV/Aids-Epidemie und die Militanz vieler Gewerkschaften haben erheblich dazu beigetragen, dass Jahr für Jahr Südafrikaner viel mehr Geld ins Ausland investieren als umgekehrt Ausländer Geld in Südafrika. Wenn überhaupt in Südafrika investiert wird,

2. Vgl. den Leserbrief von Klaus Frhr. von der Ropp „Nicht undenkbar: Bundeswehr-Soldaten in Südafrika“, in: FAZ, 30.8.1999, S. 10.

3. „... unerledigte Geschäfte in Südafrika ...“, in: FR, 28.3.1998, S. 18.

4. In: Sunday Times, 22.11.1998.

5. „South Africa's Capital Crisis“, in: Wall Street Journal Europe, 9.9.1998, S. 10.

dann sind das in der Regel Portfolio- oder, wie etwa in den Fällen von Daimler-Chrysler, BMW und VW, technologieintensive Investitionen.

Der schwache Goldpreis und der Rückgang der Ausfuhr von Mineralien in die von der Asienkrise betroffenen Staaten Südasiens erzwangen die Schließung von Bergwerken und führten zum Verlust sehr vieler Arbeitsplätze. Letzteres ist auch in der Farmwirtschaft zu beobachten. Die Kriminalität – über 800 Morde an weißen Farmern blieben seit 1994 weitgehend ungesühnt – hat zu einer weiteren Mechanisierung in der zuvor arbeitsintensiven Landwirtschaft geführt. So ist es wohl nur eine Frage der Zeit, wann es zu Hungermärschen, zu noch mehr Streiks und zur Aufgabe von GEAR und damit zu einer endgültigen Abkehr des internationalen Kapitals von Südafrika kommt.

Das „Versailles“ der Afrikaner

In den 40 Jahren des Apartheidregimes besetzten Afrikaner nahezu alle wichtigen Positionen in der staatlichen Verwaltung. Das demokratische Südafrika übernahm sie. Jedoch führte seine Politik der „affirmative action“ dazu, dass aus dem Kreis der Polizisten, Justizbediensteten, Zöllner, Grenzkontrolleure, Mitarbeiter im staatlichen Gesundheitsdienst und Schulwesen und jetzt auch der Streitkräfte viele der tüchtigen Beamten gegen Zahlung von großzügigen Abfindungen aus dem Staatsdienst ausschieden. Soweit sie zuvor im Sicherheitsapparat tätig waren, traten sie in die Dienste privater Sicherheitsgesellschaften, die inzwischen 400.000 Angehörige haben. Sie leisten das, wozu die Polizei nicht mehr fähig ist.

Bei den im Staatsdienst verbliebenen Afrikanern stellt sich häufig die Frage ihrer Loyalität zu einer Regierung, die sie nicht als die ihre betrachten. Die Folge ist eine schwache und oft korrupte öffentliche Verwaltung sowie der Aufbau starker privater Sicherheitsstrukturen. Dies übrigens auch in den Farmregionen, wo die Kommandos, d.s. Reservistenverbände, eine Wiedergeburt erfahren haben.⁶

Diese Gefahren hatte der langjährige Oppositionsführer und spätere liberale Dissident Van Zyl Slabbert vor Augen, als er uns im Juli 1987 in Dakar bei dem Treffen progressiver Afrikaner mit der aus dem Exil angereisten Führung des damals in Südafrika noch verbotenen ANC zurief: „Wer immer Apartheid überwinden möchte, der muss die Weißen, und unter ihnen vor allem die Afrikaner, überzeugen, dass es jenseits von Apartheid Leben gibt.“

Darum hatten sich Mandela, sein damaliger Stellvertreter Thabo Mbeki und die übrige Spitze des ANC bemüht, als sie von August 1993 bis April 1994 mit dem früheren Viersternegeneral Constand Viljoen i.S. der ein-

gangs zitierten These Egon Bahrs über die von Viljoen beanspruchten Rechte der Afrikaner auf Selbstbestimmung verhandelten. Beide Seiten wussten, dass der letzte weiße Ministerpräsident, Frederik Willem de Klerk, von den Briten mit Botschafter Robin Renwick an der Spitze in die Verhandlungen gezwungen, darin die Rolle des Konkursverwalters (Werner Vogt) gespielt und vor den ihm turmhoch überlegenen ANC/SACP/Cosatu-Delegierten kapituliert hatte.⁷

Die Allianz war 1993/94 in Sorge, dass das Gros der Afrikaner – es sah sich nach dem Scheitern de Klerks zu Recht in „Versailles“ (Van Zyl Slabbert) – mit Waffengewalt noch vor den ersten demokratischen Wahlen gegen den Umbruch aufbegehren und in einem Bürgerkrieg die Zweiteilung des Landes erzwingen würde.

Wie berechtigt diese Sorge heute noch ist, zeigte sich jüngst bei den Wahlen, als viele konservative und zumindest latent rechtsradikale Weiße sich durch die DP-Parole „Slaan terug...“ angesprochen fühlten und daher ihr ihre Stimme gaben. Sie wollen letztlich den Status quo ante.

US-Botschafter Princeton Nathan Lyman – er unterhielt einen „heißen Draht“ zu Viljoen – gelang es dann mit Unterstützung der Briten – die deutsche Diplomatie zeigte sich an alledem schlicht desinteressiert –, den ANC und Viljoen zu veranlassen, im Union Building in Pretoria Stunden vor Wahlbeginn den „Accord on Afrikaner Self-Determination“ zu unterzeichnen und so den sonst sicheren Ausbruch eines Bürgerkrieges zu verhindern. Er beruhte auf einem Entwurf Slabberts. Die Unterzeichnung erfolgte in Anwesenheit Lymans, des neuen britischen Botschafters Sir Anthony Reeve – die deutsche Regierung blieb gleichgültig und war, obwohl eingeladen, nicht präsent – wie auch zweier Vertreter der EU, darunter der Autor dieses Beitrages.

Das Abkommen sah vor, den Afrikanern – hier wurden die Handschrift Slabberts und die des Verfassers dieses Aufsatzes deutlich – einen Minderheitenschutz in der Art, wie ihn die sowjetdeutsche Minderheit von 1924 bis 1941 in der UdSSR genoss (das waren vor allem die mit einem Maximum an innerer Selbstbestimmung ausgestattete „Autonome Republik der Wolgadeutschen“; in Südafrika ein in Teilen des nördlichen und des westlichen Kap gelegener „Volksstaat“), und geschlossene Siedlungen, also afrikaanse Sprachinseln, zu gewähren. Der „Accord“ wurde dann zwar noch in die Verfassung aufgenommen, Art. 235, jedoch blieben die Verhandlungen zu seiner Realisierung ohne Ergebnis.

Die Gründe des Scheiterns sind vielfältig: die Zerstrittenheit des Viljoenschen Lagers, ideologische Vorbehalte in Teilen des ANC sowie, völlig unverständlich, die Passivität jetzt auch Londons und Washingtons. Denn Süd-

afrika bedarf in dem Bemühen um Stabilisierung ebenso konstruktiver westlicher Politik wie vor zehn Jahren beim Sturz der alten Ordnung.

Deutlicher als seine Vorgänger im Amt des Staatspräsidenten hat der seit Juni 1999 amtierende Thabo Mbeki erkannt, dass die Afrikaner ihr nach wie vor großes Potential sowohl in den Wiederaufbau als auch in die Zerstörung des Landes investieren können. Die Marginalisierung des durch und durch moderaten Constand Viljoen durch seine früheren Gefolgsleute – auf ihn entfielen nur noch blamable 0,7 % der Stimmen – und der Triumph der DP bei den Wahlen werden auch in ihm die Furcht aufkommen lassen, dass eine große Zahl von Afrikanern wie auch anderen Weißen die eingangs zitierte Frage Alan Patons negativ beantworten.

Aus den Kreisen jener, so die Warnung Breyten Breytenbachs, die jetzt überhaupt nicht oder aber die DP gewählt haben, werden jene Afrikaner kommen, die unter Einsatz der Kommandos und Teilen der privaten Sicherheitsgesellschaften versuchen werden, das zu ertrotzen, woran der ANC und Viljoen sie im April 1994 gehindert haben, nämlich durch Waffengewalt die Zweiteilung des Landes entlang einer Waffenstillstandslinie⁸ zu erzwingen.

Es ist kein Zufall, dass ein führender Diplomat der DDR mit seinen für die deutsche Politik einzigartigen Kontakten des Vertrauens zu der ANC/SACP/Cosatu-Allianz vor genau dieser Gefahr gewarnt und die Rolle Viljoens im Positiven herausgestellt hat.⁹

Südafrika kann unter Mbeki durchaus die eigene Geschichte des Rassismus besiegen. Dies setzt aber voraus, dass das Abkommen von April 1994 in die Tat umgesetzt wird und Mbeki darüber hinaus starke Afrikaner, wahrscheinlich Constand Viljoen und Van Zyl Slabbert, in sein Kabinett nimmt und ihnen Schlüsselressorts überträgt.

Der Verfasser lebt in Potsdam und ist freiberuflich als Berater für Fragen des Südlichen Afrika wie auch zu „Lomé“ tätig. ■

6. Vgl. Suzanne Daley „Rural White South Africa: Afraid, and Armed“, in: *New York Times*, 16.7.1998, S. 1.

7. S. Joe Slovo „The Negotiations Victory“, in: *The African Communist*, 4/1993, S. 6-13 [9].

8. Davor warnten bereits vor 20 Jahren Frederik Van Zyl Slabbert und David Welsh in „South Africa's Options: Strategies for Sharing Power“, S. 169, New York, 1979.

9. Hans-Georg Schleicher „Burenstaat am Oranje? ...“, in: *Neues Deutschland*, 22./23.8.1998, S. 7. Vgl. damit den Beitrag von (General a.D.) Martinus Groenewald „Accommodate us or we may be forced to resort to resistance politics/A volksstaat is a small price to pay for peace ...“, in: *Weekly Mail & Guardian*, 11.-17.2.1994, S. 13.